

sidenten verhaftet. 25 von ihnen befanden sich Ende Mai immer noch in Haft, fünfzehn waren - zum Teil unter Auflagen - wieder entlassen worden. -hei-

\*(13)

### **amnesty international registriert 1.791 Hinrichtungen für das Jahr 1994**

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international hat im letzten Jahr in China 2.496 Todesurteile und 1.791 Exekutionen registrieren können. Die Zahl der gemeldeten Hinrichtungen liegt damit um 372 höher als 1993. (AI Index: ASA 17/17/95) Allerdings ist davon auszugehen, daß eine sehr beachtliche Zahl von Exekutionen weder von den chinesischen Medien gemeldet noch im Ausland bekannt wird. Statistiken über Todesurteile und Hinrichtungen werden in China als *arcanum imperii* behandelt.

amnesty international kritisiert scharf die exzessive Anwendung der Todesstrafe zu erzieherischen Zwecken in Fällen, die aus politischen Gründen besonders hart verfolgt werden. Dies gilt für Korruptions- und Betrugsdelikte genauso wie für organisiertes Bandenwesen oder Zuhälterei. Die chinesische Justiz ist angewiesen, dem Anstieg der Kriminalität und der Korruption mit drakonischen Maßnahmen zu begegnen. Die Verhältnismäßigkeit des Strafmaßes und das Recht auf einen fairen Prozeß bleiben dabei oft auf der Strecke. -hei-

---

## **Kultur und Gesellschaft**

---

\*(14)

### **Beschluß über Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts**

Am 22. Mai 1995 wurde ein vom ZK und Staatsrat am 6. Mai 1995 verabschiedeter Beschluß über die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts veröffentlicht (vgl. RMRB u. GMRB, 22.5.95, Auszüge in XNA, 22.5.95). Der Beschluß, der 13.000 Schriftzeichen und 40 Punkte in elf Kapiteln umfaßt, hat als eines der wichtigsten wissenschaftspolitischen Dokumente der nachmaoistischen Zeit zu gelten. In seiner Bedeutung kommt ihm nur der ZK-Beschluß über die Reform des Wis-

senschaftssystems vom März 1985 gleich. Während es bei dem letztgenannten Beschluß darum ging, das Wissenschaftssystem durch neue Methoden der Finanzierung und Personalpolitik sowie größere Flexibilität und Ausrichtung auf die Wirtschaft zu modernisieren (s. C.a., 1985/3, Ü 16), verfolgen Partei und Regierung mit dem jüngsten Beschluß das Ziel, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, damit China sich im 21. Jahrhundert als moderne Großmacht mit vorgeschrittenem internationalen Standard in Wissenschaft und Technik präsentieren kann. Es geht der chinesischen Führung darum, ein wissenschaftlich-technisches Niveau zu erreichen, das Chinas Ansehen in der Welt erhöht und ihm den politischen Einfluß einer Führungsmacht sichert.

Gleich der erste Satz des Dokumentes unterstreicht die Wissenschaft und Technik zugemessene strategische Bedeutung: "Wissenschaft und Technik sind die erste Produktivkraft, die wichtigste Triebkraft der sozioökonomischen Entwicklung und ein entscheidender Faktor für Stärke und Prosperität eines Staates." Daß Wissenschaft und Technik die wichtigste Produktivkraft sind, hatte Deng Xiaoping bereits auf der Wissenschaftskonferenz im März 1978 verkündet, es ist sozusagen sein wissenschaftspolitisches Credo. Es hat die chinesische Wissenschaftspolitik seitdem nachhaltig beeinflusst, indem es nämlich Wissenschaft und Technik nahezu ausschließlich in Richtung auf die wirtschaftliche Entwicklung lenkte, d.h. sie für die Wirtschaft instrumentalisierte. Dies blieb nicht ohne Folgen für Wissenschaft und Forschung; so wurde z.B. hauptsächlich anwendungsorientierte Forschung gefördert (auch Grundlagenforschung wird in China im wesentlichen unter dem Aspekt der industriellen Anwendung betrieben) und geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, darunter z.B. auch Pädagogik, eher vernachlässigt. Inzwischen sind die Folgen teilweise erkannt worden, was dazu geführt hat, daß heute dem Bildungswesen gleichrangige Bedeutung beigemessen wird wie Wissenschaft und Technik, so auch in diesem Dokument, wo es in Punkt 3 heißt, Wissenschaft und Erziehung bringen einen Staat zur Blüte. Grundlage und Voraussetzung für die Entfaltung von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft sei das Bildungswesen; beides, Wissenschaft und Bildung, sei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sowie die Anhebung

des wissenschaftlich-kulturellen Niveaus des ganzen Volkes von entscheidender Bedeutung.

Im ersten Kapitel (P. 1-5), das dem Gedanken von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft gewidmet ist, werden Chinas wissenschaftspolitische Ziele und Grundsätze aufgeführt. Die Ziele bis zum Jahr 2000 lauten:

- die Grundlagen legen für ein Wissenschaftssystem, das den Anforderungen einer sozialistischen Marktwirtschaft und den eigenen Entwicklungsgesetzen von Wissenschaft und Technik entspricht;
- große Fortschritte in industrie- und agrarwissenschaftlicher Forschung, in technischer Entwicklung, Grundlagenforschung und High-Tech-Forschung erzielen;
- deutliche Steigerung der Beiträge, die Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche Entwicklung erbringen;
- Einschwanken auf die Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Anhebung der Qualität der Arbeitskräfte abhängt.

Bis zum Jahr 2010 sollen folgende strategische Ziele erreicht sein:

- Konsolidierung und Verbesserung des neuen Wissenschaftssystems;
- Verwirklichung der organischen Verbindung von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft;
- Ausbildung und Schaffung eines Kontingents von Wissenschaftlern und Technikern auf hohem Niveau;
- deutliche Anhebung des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Niveaus des gesamten Volkes;
- die wissenschaftlich-technische Stärke auf einigen wichtigen Wissenschafts- und High-Tech-Feldern soll sich dem fortgeschrittenen internationalen Standard annähern oder ihn erreichen;
- in großem Maße Steigerung der eigenen Innovationsfähigkeit und Beherrschung von Schlüsseltechnologien und Systemauslegungstechnologie für wichtige Industrien;
- die Produktionstechnik auf wichtigen Gebieten soll sich an das Niveau der entwickelten Länder zu Beginn des nächsten Jahrhunderts annähern oder es erreichen, in einigen neuen Industrien soll die Produktionstechnik fortgeschrittenen internationalen Standard erreichen.

Grundsätzlich sollen "die höchsten Gipfel in Wissenschaft und Technik erklimmen werden". Dabei sollen die folgenden Grundsätze beachtet werden:

- Der wissenschaftlich-technische Fortschritt muß als Haupttriebkraft für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung betrachtet werden; wichtigste Aufgabe von Wissenschaft und Technik ist die Lösung der großen Probleme in der sozioökonomischen Entwicklung.
- Bei der wissenschaftlich-technischen Entwicklung muß die Reform des Wissenschaftssystems weiter vertieft werden, d.h. beim wissenschaftlich-technischen Fortschritt sollen Marktmechanismen wirksam werden.
- An der Kombination eigener Forschung und Entwicklung und dem Import fortgeschrittener Technologie aus dem Ausland soll festgehalten werden.
- Technische Entwicklung und Verbreitung sowie anwendungsorientierte Forschung und Grundlagenforschung sollen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.
- Ausgehend von den Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der Welt und den Bedingungen Chinas, soll an den Prinzipien begrenzte Ziele, Durchbruch bei einigen Schwerpunkten, Konzentration der Kräfte, Inangriffnahme von Schlüsselprojekten und Mut zur Innovation festgehalten werden.
- Hochschätzung von Wissen und von Fachleuten; Entfaltung von wissenschaftlicher Demokratie sowie Demokratisierung und Verwissenschaftlichung bedeutsamer Entscheidungen.
- Forschung und Entwicklung müssen mit der Verbreitung und Popularisierung von Wissenschaft und Technik einhergehen, Wissenschaft und Technik müssen mit dem Bildungswesen verbunden sein.

Das zweite Kapitel (P. 6-8) handelt vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Landwirtschaft und auf dem Lande. Ziel ist es, die traditionelle Landwirtschaft in eine moderne Landwirtschaft mit hohen Erträgen, guter Qualität und hoher Effizienz umzuwandeln. Chinas Agrarwissenschaft und -technik sollen zu den besten der Welt zählen. Dabei soll die vorhandene fortgeschrittene Agrotechnik ausgebaut werden und sollen ausgewählte Qualitätszüchtungen, fortgeschrittene Technologie und Managererfahrungen von außen eingeführt werden. Vor allem soll deren praktische Anwendung beschleunigt werden. Bis Ende dieses

Jahrhunderts soll die Rate der Beiträge, die wissenschaftlich-technische Neuerungen zur Landwirtschaft leisten, auf 50 % angehoben werden; nur so könnten die Produktionsziele für Getreide, Baumwolle, Öl und andere Nahrungsmittel erreicht werden.

Das dritte Kapitel (P. 9-12) betrifft den Industriesektor. Hier geht es vor allem um Qualitäts- und Effizienzsteigerung. Ausschlaggebend sind technologische Innovationen, die gemeinsam von Forschungsinstituten, Hochschulen und Betrieben entwickelt werden sollen. Auch hier gilt die Kombination von Technologieimport und eigener Forschung und Entwicklung. Die Entwicklung soll dahin gehen, daß industrielle Schlüsseltechnologien und Anlagen hauptsächlich in China selbst entwickelt werden, wobei die Betriebe allmählich zum wichtigsten Ort technologischer Entwicklung werden sollen. Der Aufbau moderner Betriebssysteme hat hauptsächlich über die Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit zu geschehen. Besonders sollen elektronische Datenfernübertragungstechnologie, fortgeschrittene Fertigungstechniken, energiesparende Techniken, saubere Produktion und Umwelttechnologie entwickelt und verbreitet werden. Der schrittweise Ausbau eines modernen Informationsnetzes soll den Prozeß der "Informatisierung" in der chinesischen Volkswirtschaft beschleunigen und die Anwendung fortgeschrittener Informationstechnologie in Produktion, Management und Dienstleistung ausweiten.

In Kapitel 4 (P. 13-15) wird Priorität für Hochtechnologie und High-Tech-Produktion gefordert. Der High-Tech-Entwicklung soll Vorzugsbehandlung in bezug auf Besteuerung, Kredite und Materialkauf eingeräumt werden. Die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit von in China hergestellten High-Tech-Produkten sollen gesteigert, ihr Anteil an der gesamten Volkswirtschaft erhöht werden, einige Sparten der High-Tech-Produktion sollen zu Stützpfälern der Volkswirtschaft werden. Bei der Entwicklung von High-Tech-Produkten sollen Betriebe, Forschungsinstitute und Hochschulen kooperieren, die beiden letzteren sollen ermuntert werden, High-Tech-Betriebe zu gründen. Bei der High-Tech-Entwicklung sollen insbesondere nichtstaatliche Betriebe und Entwicklungszonen für Hochtechnologie und neue Technologien eine wichtige Rolle spielen. Auch den Entwicklungszonen wird Vorzugsbehandlung gewährt. Der Staat wird weiterhin Pläne

für die Durchführung von High-Tech-Forschung aufstellen und eine Reihe von Schlüsselprojekten auswählen. Auf den Gebieten elektronische Datenfernübertragung, Biologie, neue Materialien, neue Energien, Raumfahrt und Ozeanographie soll Weltniveau erreicht oder sich an dieses angenähert werden. Hochtechnologie soll vor allem auch in der Landesverteidigung Anwendung finden, zumal in der Entwicklung von Waffen. Die Betonung liegt auf Technologie, die sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich verwendet wird; gefördert wird die Umwandlung militärischer Technik für zivile Zwecke.

Kapitel 5 (P. 16-17) beschäftigt sich mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung. Es wird auf "Chinas Agenda für das 21. Jahrhundert" verwiesen (hierbei handelt es sich um das Weißbuch über Bevölkerung, Umwelt und Entwicklung im 21. Jh., das im März 1994 vom Staatsrat verabschiedet und am 19.9.1994 in der *Volkszeitung* veröffentlicht wurde). Mit Hilfe von Wissenschaft und Technik sollen das Bevölkerungswachstum eingedämmt, die Qualität der Bevölkerung erhöht, die Ressourcen vernünftig erschlossen und verwendet, eine ökologische Umwelt bewahrt sowie eine anhaltende Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden. In bezug auf Bevölkerung, Ressourcen, Umwelt, Medizin und andere wichtige Gebiete der gesellschaftlichen Entwicklung sollen umfassende große Forschungsprojekte durchgeführt werden. Die Forschung in neuen Technologien und Methoden hinsichtlich Geburtenplanung, Diagnose und Vorbeugung bei schweren Krankheiten soll intensiviert werden. In bezug auf neue Medizin, traditionelle chinesische Medizin und medizinische Geräte soll schnellstens ein System eigenständiger Forschung und Entwicklung aufgebaut werden. Bis Anfang des nächsten Jahrhunderts soll die Krankheitsrate bei den wichtigsten Krankheiten deutlich gesunken sein. Saubere Energien, saubere Produktionstechniken und Umwelttechnologie sollen entwickelt werden.

In Kapitel 6 (P. 18-20) geht es um die Intensivierung der Grundlagenforschung. Diese wird als Quelle und Rückhalt der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, als Wegbereiterin neuer Technologien und neuer Erfindungen angesehen. Insofern wird ihr eine zentrale Rolle bei der sozioökonomischen Ent-

wicklung zugewiesen. Der Anteil der Forschungsmittel für die Grundlagenforschung soll gegenüber dem gesamten Etat für Forschung und Entwicklung stetig angehoben werden. Gefördert wird sie durch die Naturwissenschaftliche Stiftung, staatliche Forschungsprogramme und verschiedene Sonderfonds, ihr Ort sind Forschungsinstitute und Hochschulen. Der Informationsaustausch zwischen ihnen soll durch Datenbanken und ein alle verbindendes Informationsnetz gefördert werden.

Kapitel 7 (P. 21-26) hat die Reform des Wissenschaftssystems zum Gegenstand. Der Schwerpunkt der Reform liegt auf der Angleichung der Wissenschaftsstruktur (Vermeidung von Doppelungen, Konzentration der Kräfte und Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft) sowie dem flexiblen Einsatz der Fachleute. Bis Ende dieses Jahrhunderts soll das neuartige Wissenschaftssystem in seinen Grundzügen Gestalt angenommen haben, nämlich ein System, das in Einklang mit der sozialistischen Marktwirtschaft und den Wissenschaft und Technik eigenen Entwicklungsgesetzen steht. Große Betriebe, Forschungsinstitutionen und Hochschulen sollen auf verschiedene Weise kooperieren, ihr Potential für technologische Entwicklung stärken und zur Hauptstütze für technologische Entwicklung werden. Gleichzeitig sollen technische Dienstleistungszentren errichtet werden, die mittleren und kleinen Betrieben technische Dienste und Informationen liefern. Forschung und Entwicklung sowie technische Dienstleistungen sollen sich am Markt orientieren. Investitionen aus dem Ausland ebenso wie Kooperationen mit dem Ausland werden befürwortet. Der Staat finanziert im wesentlichen nur Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung, sofern sie gesamtstaatliche und langfristige Bedeutung hat, High-Tech-Forschung, Forschung von allgemeinem Nutzen für die Gesellschaft und wichtige Schlüsselprojekte. Durch die Einführung von Wettbewerb soll die Forschung belebt werden; dies gilt sowohl für die Durchführung von Forschungsaufgaben dadurch, daß Staat, Branchen und Regionen in Wettbewerb miteinander treten, als auch für das Forschungspersonal, das nach dem Leistungsprinzip beurteilt wird. Auch die Gesetzgebung für den Wissenschaftsbereich soll ausgeweitet werden, namentlich das Recht auf geistiges Eigentum soll geschützt werden.

Kapitel 8 (P. 27-29) befaßt sich mit der Schaffung eines Kontingents von Wissenschaftlern und Technikern von hohem Niveau und der Anhebung des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Niveaus des gesamten Volkes. Als vorrangig wird die Ausbildung hervorragender junger Wissenschaftler, Techniker, Manager und Unternehmer für das nächste Jahrhundert betrachtet. Die Grundlage dafür bildet das Erziehungswesen, verwiesen wird insbesondere auf das "Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (vom Februar 1993). Auslandsstudenten sollen zur Rückkehr bewegt werden, damit sie sich für die Modernisierung des Vaterlandes einsetzen können. Die Wissenschaftler sollen an der Grundlinie der Partei festhalten, patriotisch sein, dem Vaterland und dem Volk dienen. Ein besonderes Anliegen ist die Propagierung und Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse in der Bevölkerung.

Kapitel 9 (P. 30-34) regelt die Finanzierung von Wissenschaft und Technik. Bis zum Jahr 2000 soll der Anteil der F+E-Ausgaben der ganzen Gesellschaft 1,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmachen. Die Forschungsetats der Zentrale und der Lokalregierungen sollen im Verhältnis stärker zunehmen als die jährlichen Steuereinnahmen. Außerdem sollen die Zentrale und die lokalen Regierungen jedes Jahr eine bestimmte Summe für Sonderfonds in ihrem Infrastrukturretat bereitstellen, um damit Schwerpunktprojekte zu fördern. Die Unternehmen sollen mehr Geld in Wissenschaft und Forschung investieren und allmählich zum Hauptfinanzierer in diesem Bereich werden. Sowohl staatliche als auch kommerzielle Kredite für Wissenschaft und Technik sollen zunehmen, daneben soll auch Geld aus dem Ausland eingeworben werden. Der Staat soll die praktische Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse unterstützen.

In Kapitel 10 (P. 35-36) wird zu internationaler Wissenschaftskooperation und zu Wissenschaftsaustausch aufgerufen. Dabei wird als Hauptziel der wirtschaftliche Aufbau im eigenen Lande verfolgt. Entsprechend liegt der Schwerpunkt auf fortgeschrittenen Produktionstechniken und Hochtechnologie. Auch auf dem Gebiet der Grundlagenforschung soll der internationale Austausch ausgeweitet werden. Auf einigen wichtigen Gebieten können gemeinsame Forschungszentren mit ausländischen Forschungsinstitutionen oder Unternehmen gegründet werden.

In Kapitel 11 (P. 37-40) schließlich geht es um die Stärkung der Führungsrolle von Partei und Staat im Wissenschaftsbereich. Als Voraussetzung dafür wird propagiert, daß sich die Führungskader der Partei und Regierung selbst wissenschaftlich-technisches Wissen aneignen. Der Staatsrat und die Provinzregierungen müssen pro Jahr mindestens zwei Sitzungen abhalten, die sich speziell mit Wissenschaft und Technik befassen und Probleme in diesem Bereich lösen. Die Parteikomitees und Regierungen sollen bei wichtigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen die Meinungen der Wissenschaftler anhören, um die Politik auf eine wissenschaftliche und demokratische Basis zu stellen. Zur Stärkung der Makropolitik und -kontrolle in bezug auf Wissenschaft und Technik wird eine staatliche Führungsgruppe für Wissenschaft und Technik eingerichtet. Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik als für diesen Bereich zuständige Behörde muß die Makrokontrolle und GesamtAbstimmung verstärken.

Der Beschluß enthält keine neuen Aussagen, sondern bestätigt im wesentlichen die wissenschaftspolitische Linie der vergangenen zehn Jahre. Sein Wert liegt darin, daß er wenige Jahre vor der Jahrhundertwende noch einmal autoritativ die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts anmahnt und die Richtung für den angestrebten Status als moderne Großmacht mit hohem wissenschaftlich-technischen Standard weist. Der das Dokument begleitende Leitartikel (RMRB, 22.5.95) ist mit den Worten "Wissenschaft und Bildung bringen das Land zur Blüte" (*ke jiao xing guo*) übertitelt. Dieser Satz ist zum strategischen Leitsatz erhoben worden, und die beiden grundlegenden Dokumente, die zum Ziel führen sollen, sind der hier vorgestellte programmatische Beschluß über die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vom Mai 1995 und das Programm für die Reform und Entwicklung des Erziehungswesens vom Februar 1993. -st-

\*(15)

#### Nationale Wissenschaftskonferenz

Vom 26.-30. Mai 1995 fand in Beijing eine nationale Wissenschaftskonferenz statt. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, den kurz zuvor vom ZK und Staatsrat verabschiedeten Beschluß über die Beschleunigung des wissenschaft-

lich-technischen Fortschritts in seiner wissenschafts- wie darüber hinaus entwicklungspolitischen Bedeutung herauszustellen. Außerdem wurden zwei Mottos zu strategischen Leitsätzen der Modernisierung erhoben, nämlich der 1978 von Deng Xiaoping aufgestellte Grundsatz "Wissenschaft und Technik sind die wichtigste Produktivkraft" sowie das Konferenzmotto "Wissenschaft und Bildung bringen das Land zur Blüte". Das erste Motto besagt, daß Wissenschaft und Technik für die Modernisierung und die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend sind, das zweite ist Ausdruck des Glaubens an die Größe Chinas und den Wiederaufschwung des Landes zu einer Großmacht im kommenden Jahrhundert und zugleich Ausdruck der Erkenntnis, daß sich ein solcher Großmachtstatus heutzutage in erster Linie durch das wissenschaftlich-technische Potential eines Landes und als Voraussetzung dafür durch das Bildungsniveau der Bevölkerung definiert.

Die Konferenz wurde als die wichtigste Wissenschaftskonferenz seit 1978, als die erste große derartige Veranstaltung nach Maos Tod stattfand, bezeichnet. Die politische Führung erhofft sich von ihr positiven Einfluß auf die wissenschaftlich-technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die Teilnehmer setzten sich aus Vertretern des ZK, des NVK, der Regierung und der Politischen Konsultativkonferenz, der Zentralen Militärkommission, der sog. demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der Provinzregierungen sowie führenden Wissenschaftlern und Technikern zusammen. Hauptredner während der Konferenz waren Parteisekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng, die beide am ersten Tag sprachen. (Vgl. RMRB, GMRB, 27.5.95)

Jiang Zemin forderte die Durchführung des Beschlusses über die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, insbesondere die Verwirklichung des Gedankens, daß Wissenschaft und Technik die wichtigste Produktivkraft sind und daß Wissenschaft und Bildung das Land zur Blüte bringen. Die Entfaltung der Produktivität (der "gesellschaftlichen Produktivkräfte") sei die grundlegende Aufgabe in Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung. Diese Aufgabe sei unter einem sozialistischen System schneller zu lösen als unter jedem anderen. Jiang ging auf fünf wichtige Probleme bei der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein:

1. die Verbindung von Wissenschaft/Technik und Wirtschaft (die Wirtschaft muß sich auf Wissenschaft und Technik stützen, letztere müssen sich an der Wirtschaft orientieren);
2. die Verbindung kurzfristiger und langfristiger Ziele (Wissenschaft und Technik müssen zuerst die brennenden Probleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung lösen, insbesondere Technisierung der Landwirtschaft, Steigerung der Qualität und Effizienz in der Industrie, moderne Fertigungsmethoden, Anwendung neuer Informationstechnologie, Automatisierung usw.; zugleich längerfristig Förderung der Grundlagenforschung und High-Tech-Entwicklung zur Bewältigung wichtiger sozioökonomischer Probleme im 21. Jh.);
3. Verbindung von eigener Forschung und Entwicklung und Import fortgeschrittener Technologie aus dem Ausland (Öffnung nach außen und Wissenschaftsaustausch, zugleich Festhalten an eigener Forschung und Entwicklung, um technologisch nicht zurückzufallen);
4. Verbindung von Marktmechanismen und Makrokontrolle (beides ist für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt unverzichtbar);
5. Verbindung von Natur- und Sozialwissenschaften (Sozialwissenschaftler sollen sich naturwissenschaftliche Kenntnisse aneignen, Naturwissenschaftler sozialwissenschaftliche Kenntnisse, insbesondere marxistische Theorie und Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung).

Einen weiteren Schwerpunkt in Jangs Rede bildete das Thema Ausbildung von Fachleuten; auf der Grundlage des "Programms für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (Februar 1993) sollen zum einen hochqualifizierte Wissenschaftler und Techniker, zum anderen unter den Arbeitskräften, insbesondere in Landwirtschaft und Industrie, Fachleute mit technischen und anderen Spezialkenntnissen ausgebildet werden. Auch die moralische Bildung darf nicht vernachlässigt werden (Festhalten an der Grundlinie der Partei, Patriotismus, Innovationsgeist, Opfergeist, Geist der Solidarität und Zusammenarbeit). Nicht zuletzt soll die Führungsrolle der Partei anerkannt werden, denn nur sie garantiert die Verwirklichung der Strategie, daß Wissenschaft und Technik das Land zur Blüte bringen. (Ebd.)

Li Peng betonte in seiner Rede den programmatischen Charakter des Beschlusses über die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und behandelte die wichtigsten Punkte des Dokumentes (s.o.). Er hob insbesondere die Notwendigkeit hervor, wissenschaftlich-technische Neuerungen möglichst schnell in der Praxis zu verwerten, auf allen Gebieten Fachpersonal auszubilden und technische Kenntnisse vor allem auf dem Lande zu verbreiten. Er bezeichnete die Anhebung der Qualität des Wirtschaftswachstums als eines der dringendsten Probleme der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung Chinas. Als wichtigstes Ziel der Reform des Wissenschaftssystems betrachtete er die allmähliche Verringerung der Zahl derjenigen Forschungsinstitute, die staatlich finanziert werden, sowie die Versetzung wissenschaftlichen Personals unter Beibehaltung eines Kontingents hochqualifizierter Wissenschaftler. Schließlich forderte er höhere F+E-Investitionen und erklärte, daß bis zum Jahr 2000 der Anteil der Forschungsausgaben 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen soll. (Ebd.)

Am letzten Konferenztag sprachen noch der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing und der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik Song Jian. Auch sie hielten sich inhaltlich an die Forderungen des "Beschlusses" (vgl. RMRB, GMRB, 31.5.95).

Die politische Führungsspitze, die zu einem großen Teil aus Technokraten besteht, identifiziert sich uneingeschränkt mit einem Entwicklungsweg für China, der auf moderne Wissenschaft und Technik gestützt ist. Mao Zedong wollte China durch die Veränderung des Bewußtseins der Massen und die Beteiligung der Massen an der wissenschaftlich-technischen Entwicklung modernisieren. Davon ist heute nichts mehr zu spüren; statt dessen setzen die heutigen Führer auf eine Modernisierung durch Wissenschaft und Technik selbst und dabei auf Qualität, Effizienz und Kompetenz. Gefragt sind hochqualifizierte Fachleute auf der einen und verbreiteter technischer Sachverstand auf der anderen Seite. Für die politische Führung besteht kein Zweifel, daß China sowohl angewandte Wissenschaft als auch Grundlagenforschung und High-Tech-Entwicklung fördern muß, um auf wissenschaftlich-technischem Gebiet fortgeschrittenes Weltniveau zu erreichen mit dem Ziel, China dadurch im kommenden Jahrhundert ei-

nen Großmachtstatus zu sichern. Wissenschaft und Technik sollen nicht um ihrer selbst willen, d.h. aus Forscherdrang, betrieben, sondern für Chinas Großmachtstreben instrumentalisiert werden. Bemerkenswert ist, daß die Führung das Schwergewicht nicht mehr wie in den achtziger Jahren einseitig auf Wissenschaft und Technik legt, sondern daß sie eingesehen hat, daß es gleichermaßen auf das Bildungswesen ankommt, nämlich die Anhebung des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung. Seit der XIV. Parteitag (Oktober 1992) dem Bildungswesen die gleiche Priorität wie Wissenschaft und Technik einräumte, wird sie nicht müde, den Zusammenhang zwischen dem Bildungswesen als der Grundlage und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu predigen. Daß beides für die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend ist, muß vor allem den mittleren und unteren Kadern klargemacht werden, eine Aufgabe, um die sich die politische Führung derzeit verstärkt bemüht. -st-

\*(16)

### Neue Statistiken zu Wissenschaft und Technik

Das Staatliche Statistikamt Chinas hat kürzlich neue Statistiken zum Bereich Wissenschaft und Technik veröffentlicht (vgl. RMRB, 24.5.95). Danach hat sich die Zahl der technischen Fachleute in Staatsunternehmen und staatlichen Institutionen von 1978 bis Ende 1994 um das 4,3fache auf 18,659 Mio. erhöht. Auf je 10.000 Angestellte und Arbeiter kommen 1.258 Techniker, 2,1mal mehr als 1978. Die Zahl der F+E-Institutionen hat sich ständig erhöht; Ende 1994 waren landesweit 5.860 selbständige F+E-Institutionen zu verzeichnen. In diesen waren 490.000 Wissenschaftler und Techniker beschäftigt. Zudem gibt es 3.000 Universitäten und Hochschulen, an denen sich 790.000 Wissenschaftler und Techniker mit F+E befassen. Was den Bereich Industrie und Bergbau angeht, so gab es hier in 19.000 großen und mittleren Industriebetrieben 1994 bereits 11.656 Organe für technische Entwicklung mit einem Bestand von 940.000 Fachleuten.

Die F+E-Ausgaben des ganzen Landes erreichten 1994 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Damit steht China in dieser Hinsicht auf mittlerem Niveau der Entwicklungsländer.

In den sieben Bereichen, die in den 1986 aufgestellten "Plan für High-Tech-F+E" (den sog. Plan "863") aufgenommen wurden (Biologie, Raumfahrt, Informationstechnologie, Lasertechnik, Automatisierung, Energie und neue Materialien), wurden bedeutende Durchbrüche erzielt, nämlich gut 400 Entdeckungen, von denen 10 Prozent in marktfähige Produkte umgesetzt wurden. Ende 1994 gab es in China 156 Schwerpunktlabore, von denen 80 für Ausländer geöffnet sind. Außerdem gibt es zur Zeit landesweit 52 Entwicklungszonen für High-Tech und neue Technologien auf staatlicher Ebene.

Seit 1979 wurden 345.000 wichtige wissenschaftlich-technische Entdeckungen gemacht, das waren 19,3mal mehr als in den 30 Jahren davor. Zwischen 1979 und 1994 hat China 43 Erdsatelliten in eine Umlaufbahn geschickt; China kann die Satelliten auch zurückholen. Ferner hat China unter Wasser gesteuerte Raketen, interkontinentale Trägerraketen und die Rakete "langer Marsch Nr.3", eine Langstreckenrakete mit hoher Schubkraft, verschiedene Typen von Kernkraftwerken, Computer und Computernetzwerke mit nationaler und internationaler Vernetzung sowie den elektronischen Großrechner vom Typ "Silberfluß" entwickelt.

Zwischen 1986 und 1994 hat das staatliche Patentamt 223.152 Patente genehmigt. Die Realisierungsrate der Patente beträgt derzeit 30 Prozent.

Insgesamt, so heißt es, sei der Abstand Chinas zu den entwickelten Ländern hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Niveaus noch sehr groß. In China beträgt das Verhältnis der Ausgaben für Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung 1:5:9; im Vergleich dazu beträgt dieses Verhältnis in den USA 1:2:5 und in Japan 1:2:4; damit, so heißt es in der Aufstellung, liegt China mit seinen Ausgaben für Wissenschaft und Technik weit unter den entwickelten Ländern.

Zum Schluß werden noch Zahlen zum Bildungsstand gegeben: Die Rate der Analphabeten und Halbalphabetisierten beträgt 15,9 Prozent, d.h. die Qualität der Arbeitskräfte ist allgemein recht niedrig. Der Anteil derjenigen, die in China eine Hochschule besuchen, beträgt nur 1,7 Prozent und liegt damit weit unter dem Weltdurchschnitt von 12,7 Prozent; damit, so heißt es, sei es schwer, die sozioökonomische Entwicklung rasch voranzutreiben. Der Anteil

der Wissenschaftler und Techniker an der Gesamtbevölkerung sei mit 1,5 Prozent ebenfalls zu niedrig, um den Bedarf für die vier Modernisierungen decken zu können.

Die Genauigkeit der Zahlen ist schwer einzuschätzen. Insbesondere die Angaben über wissenschaftlich-technische Neuerungen differieren stark. So findet sich z.B. in einem Bericht über die Bewertung von Chinas High-Tech-F+E die Angabe, daß in den sieben Bereichen des Plans "863" gut 1.000 Entdeckungen gemacht wurden. Von diesen sollen etwa 50 Prozent das internationale Niveau vom Ende der achtziger Jahre haben, ein Teil sogar international führend sein (vgl. RMRB, 29.5.95, S.5). -st-

\*(17)

### Chinas Ernährungssituation

Kürzlich erschien in der *Volkszeitung* ein Artikel über die Ernährungssituation Chinas (RMRB, 8.5.95), dessen Inhalt hier zusammengefaßt wiedergegeben wird, weil das Thema eng mit der Bevölkerungsfrage verknüpft ist und für Chinas Entwicklung, nicht zuletzt seine Stabilität, von entscheidender Bedeutung ist.

Seit Beginn der neunziger Jahre hat China Probleme mit seiner Getreideversorgung; die Getreideproduktion schwankt, während der Bedarf steigt. Kürzlich hat ein ausländischer Experte prognostiziert, daß China sich in Zukunft nicht selbst ernähren könne und der Bedarf an Getreide so groß sei, daß auch die Welt ihn nicht decken könne. (Zu dieser Diskussion vgl. C.a., 1995/3, Ü 22.) Dagegen zeigen unsere (d.h. chinesische) Untersuchungen, daß China auch eine Bevölkerung von 1,6 Mrd. ernähren können. Zwischen 1949 und 1993 hat sich in China die Getreideproduktion pro Flächeneinheit um 302 % erhöht. Wenn jener Experte voraussagt, daß Chinas Getreideproduktion in den kommenden 36 Jahren um 20 % abnehmen werde, so unterschätzt er das Potential der chinesischen Landwirtschaft. Zwischen 1978 und 1994 hat sich die Anbaufläche in China pro Jahr durchschnittlich um 4,3 Mio. mu (1 mu = 1/15 ha) verringert. Bis zum Jahr 2030 wird sie noch einmal um 155 Mio. mu abnehmen und die Anbaufläche pro Kopf auf 0,8 mu gesunken sein. Um den Pro-Kopf-Bedarf an durchschnittlich 400 kg Getreide pro Jahr zu halten, müßte der Ertrag pro Flächen-

einheit im Jahre 2030 um 80 % höher liegen. Dieses Tempo der Ertragssteigerung liegt höher als in den 45 Jahren zwischen 1949 und 1993, aber niedriger als in den Jahren zwischen 1979 und 1994. Es ist also nur mit Anstrengungen zu erreichen. Wie schwierig die Ertragssteigerung ist, zeigt ein historischer Vergleich. In der Song-Zeit wurden pro Flächeneinheit 61 kg produziert, im Jahre 1949 68,5 kg, d.h. innerhalb eines Jahrtausends hat sich die Getreideproduktion pro Flächeneinheit nur geringfügig erhöht.

Dennoch: China verfügt über ein enormes Potential an Ackerland. Zur Zeit gibt es in China noch 3,7 Mrd. mu nutzbares Steppenland, im Süden 700 Mio. mu bergiges Grasland, 200 Mio. mu landwirtschaftlich nutzbares Ödland sowie 80 Mio. mu Land, das an der Küste oder an Binnengewässern gewonnen werden kann. Auf diesen erschlossenen Bodenressourcen könnte man nach konservativer Schätzung 66 Mrd. kg Nahrungs- und Futtergetreide produzieren. Durch Bodenmelioration könnte die Produktion auf der derzeit genutzten Anbaufläche auf 115,5 Mrd. kg gesteigert werden. Der Doppelerntenindex könnte theoretisch auf 198 % gesteigert werden, hier gibt es noch eine Reserve von 43 %. Würde der Doppelerntenindex um 15 % erhöht, könnte die Saatfläche um 210 Mio. mu Land erweitert und 57,8 bis 82,5 Mrd. kg Getreide produziert werden. Damit könnte der Verlust von 52 bis 60 Mrd. kg Getreide, der durch die Abnahme der Anbaufläche entstanden ist, vollständig aufgewogen werden. Kurzum, mit den nutzbaren Ressourcen hat China ein Potential von 695 Mio. t Getreide, und bei einer Bevölkerung von 1,6 Mrd. würden pro Kopf durchschnittlich 435 kg zur Verfügung stehen.

Außerdem ist das Potential von Chinas Agrartechnik enorm. Zur Zeit stützt sich fast die Hälfte der Agrargebiete Chinas noch auf traditionelle Techniken; die Umsetzungsrate der agrarwissenschaftlichen und agrartechnischen Neuerungen liegt bei etwa 30 %. Die Landwirtschaft muß sich stärker auf Wissenschaft und Technik stützen. Kurzfristige Ziele sind: die vollständige Anwendung vorhandener wissenschaftlich-technischer Neuerungen, Technologieimport aus dem Ausland, Berücksichtigung der Besonderheiten der verschiedenen Gebiete, Intensivierung der Verbreitung landwirtschaftlicher Produktionstechniken. Langfristig müssen vor allem folgende fünf Probleme mit

Hilfe technischer Neuerungen gelöst werden: Dürren, Überschwemmungen, Versalzung, Alkalisierung, geringe Fruchtbarkeit. Des Weiteren müssen neue Techniken für die Bekämpfung von Schädlingen und Pflanzenkrankheiten, für Vorhersage und Schutzmaßnahmen bei Naturkatastrophen sowie zum Sparen von Wasser, Dünger, Energie und Boden gefunden werden.

Weitere Faktoren sind eine gute Agrarpolitik, mehr Investitionen in die Landwirtschaft, sparsamer Umgang mit den Ressourcen und Vermeidung von Verschwendung (z.B. von Getreide nach der Ernte). Zusammenfassend kommen die Verfasser des Artikels zu dem Schluß, daß bei Ausschöpfung des Potentials an Ressourcen und Technologie der Grundbedarf an Getreide für eine Bevölkerung von 1,6 Mrd. vollständig befriedigt werden könnte. "Die Chinesen müssen und können sich auch selbst ernähren."

Die Frage ist, inwieweit der in diesem und vielen anderen Artikeln verbreitete Optimismus in bezug auf die Lösung der Ernährungsprobleme gerechtfertigt ist. Chinesische Bevölkerungspolitiker und -wissenschaftler teilen diesen Optimismus durchaus nicht immer, sondern warnen angesichts des Bevölkerungswachstums vor einer sich verschlechternden Ernährungssituation. Auch wenn man berücksichtigt, daß sie aufgrund ihrer anderen Interessenlage die Situation schlimmer darstellen, als sie sein mag, so ist ihr Argument ernstzunehmen, daß immer mehr Menschen von den Erträgen stetig abnehmender Agrarflächen ernährt werden müssen. Immer mehr Land wird für Infrastrukturmaßnahmen benötigt, vor allem in den südöstlichen Provinzen; zudem fallen große Flächen der Desertifikation und Erosion zum Opfer, von den Schäden, die durch Überdüngung und Pestizide angerichtet werden, ganz zu schweigen. Dabei sind der Gewinnung neuer Anbauflächen Grenzen gesetzt; eine Ausschöpfung des in dem Artikel dargelegten Potentials dürfte sich nicht auszahlen, weil letztlich die ökologischen Schäden, die durch Abholzung, Zerstörung der natürlichen Pflanzendecke usw. entstehen, größer sind als der kurzfristige Gewinn, den man aus neuen Anbauflächen ziehen kann. Stutzig machen muß auch das in dem zitierten Artikel verwendete Argument, daß in der Landwirtschaft nur zu 30 % wissenschaftlich-technische Neuerungen Anwendung finden und daß sie zur Hälfte noch nach traditionellen Metho-

den verfährt. Tatsächlich scheint die Bereitschaft der chinesischen Bauern zu Innovationen nicht sehr hoch zu sein. Insofern ist Skepsis bei der Beurteilung der Ernährungssituation Chinas angebracht.

Wenn in dem zitierten Artikel die Situation trotzdem optimistisch bewertet wird, so spielen dabei drei Gründe eine Rolle. Der wohl wichtigste Grund ist die Wissenschafts- und Technikgläubigkeit der Verfasser, die nicht nur bei ihnen, sondern allgemein in China verbreitet ist, nicht zuletzt bei der politischen Führung. Mit Hilfe des technischen Fortschritts, so meint man, ist alles machbar, ist auch Chinas schwierige Ernährungslage zu meistern. "Die Ressourcen sind begrenzt, aber die Kreativität hat keine Grenzen", so heißt es in dem Bericht. In einem kurzen Artikel in der *Guangming-Zeitung* (30.5.95, S.1) mit dem Titel "Wissenschaft und Technik lösen unser Ernährungsproblem" ist der Satz zu lesen: "Die Praxis beweist: Jedesmal, wenn in der Forschung ein Durchbruch erzielt wird, bringt dies für die Getreideproduktion einen großen Sprung." Ein zweiter Grund kommt hinzu: der Nationalismus der Chinesen. China muß in der Lage sein, seine Bevölkerung selbst zu ernähren; eine Abhängigkeit von Getreideimporten würde den Nationalstolz verletzen und vermeintlich die nationale Sicherheit beeinträchtigen. Schließlich ist als dritter Grund eine Art Beschäftigungstaktik zu nennen. Die Sorge vor sozialen Unruhen sitzt tief; eine sich verschlechternde Ernährungssituation würde zweifellos Unruhepotential bergen. Insofern kann die Verbreitung von Optimismus auf die Bevölkerung beruhigend wirken. Fatal wäre es allerdings, wenn die angeblich positiven Aussichten auf die Ernährungslage eines der wichtigsten Argumente für die Geburtenregelung unterliefen, daß nämlich die landwirtschaftliche Produktion eines Tages nicht mehr mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten kann. -st-

\*(18)

#### **Reform der Familiennamen als bevölkerungspolitische Maßnahme gefordert**

Kürzlich erschien in der "Chinesischen Bevölkerungszeitung" ein Artikel, in dem eine Reform des Namensgebungsrechts bei Kindern gefordert wurde (vgl. XNA, 23.5.95). Die Forderung geht dahin, Kindern ggf. den Familiennamen der Mutter zu geben, um das

traditionelle Vorurteil zu erschüttern, Frauen könnten die Familie nicht fortführen. Dieses Vorurteil ist noch weitverbreitet und ein wesentliches Hindernis bei der Durchsetzung der Ein-Kind-Familie, denn immer noch bevorzugen die meisten Ehepaare Jungen. In China gilt es traditionell als Unglück, wenn eine Familie keine Kinder oder nur Mädchen hat, die in eine andere Familie hineinheiraten und deren Kinder den Namen des Vaters erhalten. Nach dem Reformvorschlag soll es möglich werden, Kindern entweder einen aus den Namen beider Eltern bestehenden Doppelnamen oder wahlweise den Familiennamen der Mutter oder des Vaters zu geben. Eine solche Liberalisierung des Namenrechts, so heißt es weiter, hätte den zusätzlichen Vorteil, daß bei den chinesischen Familiennamen eine größere Vielfalt eingeführt würde. In China gebe es nur etwa 10.000 Familiennamen, und Schätzungen zufolge würden 70 Prozent der chinesischen Bevölkerung ganze 100 Familiennamen tragen; 7,9 Prozent der gesamten Bevölkerung würden allein Li heißen. In Japan hingegen, dessen Bevölkerung weniger als ein Zehntel der chinesischen ausmache, gebe es mehr als 110.000 Familiennamen. Namendoppelungen und -verwechslungen sind in China also vorprogrammiert; allein aus diesem Grunde wird schon seit längerem über eine Reform des Namenrechts diskutiert. Die vorgeschlagene Reform würde nicht zuletzt die Gleichstellung der Frau fördern.

Die "Chinesische Bevölkerungszeitung" wird von der Staatlichen Familienplanungskommission herausgegeben, hat also offiziellen Charakter. Sie ruft in dem Artikel zur Unterstützung des Reformvorschlages der Regierung auf und schlägt zu diesem Zweck die Gründung eines speziellen Gremiums vor, das für die Reform werben soll. -st-

\*(19)

### Weniger Frühehen

Einer gesamtchinesischen Erhebung zufolge soll sich die Zahl der Frühehen seit 1990 mehr als halbiert haben; gegenüber 8,55 Mio. Frühehen im Jahre 1990 gebe es heute nur 3,63 Mio., das sei 0,5 Prozent der gesamten verheirateten Bevölkerung. Über 90 Prozent der Frühehen würden auf dem Lande geschlossen. Die Erhebung zeige, daß in der Bevölkerung über 15 Jahre 21,79 Prozent unverheiratet, 71,03 Prozent verheiratet sind oder einmal waren,

6,29 Prozent verwitwet und nur 0,71 Prozent geschieden sind. Nach der Erhebung beträgt der Anteil frühverheirateter Frauen in der Altersgruppe der 15-19jährigen 2,4 Prozent, derjenige frühverheirateter Männer in der Altersgruppe der 15-21jährigen 3,5 Prozent. Das Durchschnittsalter chinesischer Frauen bei ihrer ersten Heirat habe 1994 22,73 gegenüber 1990 22,12 betragen. (XNA; 11.5.95)

Die Propagierung der Spätehe ist eines der wichtigsten Mittel der Familienplanung in China. Das gesetzlich vorgeschriebene Mindestheiratsalter liegt für Frauen bei 20, für Männer bei 22 Jahren. Doch wird in der Regel ein um drei Jahre höheres Heiratsalter empfohlen, in den meisten Städten sollen Frauen sogar möglichst nicht vor 25 und Männer nicht vor 28 heiraten. Die überwiegende Mehrheit der Heiratswilligen hält sich zwar an die empfohlenen Richtwerte, doch in manchen ländlichen Gegenden und vor allem auch in Minderheitengebieten liegt der Anteil der Frühehen sehr hoch. Die oben angegebenen Zahlen und Relationen sind nicht sonderlich aussagekräftig; so ist es nicht sehr aufschlußreich, den Anteil der Frühehen an der gesamten verheirateten Bevölkerung aufzuschlüsseln, es sei denn, man hätte einen Vergleich über mehrere Jahre. Erhellender wäre es, den Anteil der Frühehen an den Eheschließungen eines Jahres zu ermitteln. Im vergangenen Jahr wurde dieser Anteil mit 16 Prozent angegeben oder in absoluten Zahlen: Von 10 Mio. Eheschließungen pro Jahr sollen 1,6 Mio. Frühehen sein (Xinhua, 25.2.94, nach SWB, 10.3.94). Mit den hier genannten Zahlen ist dies schwer in Einklang zu bringen. -st-

\*(20)

### Intensivierung der Stadtplanung

In den nächsten drei Monaten wollen die chinesischen Baubehörden verstärkt gegen unerlaubtes und unvorschriftmäßiges Bauen in den Städten vorgehen. Rigoros sollen Gebäude abgerissen werden, die unter Verstoß gegen das Stadtplanungsgesetz errichtet wurden. Wie der stellvertretende Bauminister Ye Rutang auf einer Pressekonferenz sagte, sei das Vorgehen Teil der Bemühungen des Bauministeriums um das "Jahr der Stadtplanung", das im April begonnen habe. Die strengen Maßnahmen sollen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Chinas Städten fördern. Die Reform- und Öffnungspolitik, so

hieß es, habe in den Städten zu einem rasanten Bauboom geführt. Dabei sei jedoch die Stadtplanung zu kurz gekommen. Die überhitzte Immobilienentwicklung und der vorrangige Bau wirtschaftlicher Entwicklungszonen hätten das Bauwesen in den Städten stark beeinträchtigt. Profitgierige Beamte und Geschäftsleute hätten das Stadtplanungsgesetz umgangen und Chaos im Bauwesen verursacht.

Statistischen Angaben des Ministeriums zufolge sollen in China seit Inkrafttreten des Stadtplanungsgesetzes im Jahre 1990 Gebäude in einer Größenordnung von etwa 20 Mio. qm bebauter Fläche abgerissen worden sein, weil sie gegen das Stadtplanungsgesetz verstießen. Das seien 10 Prozent aller inspizierten Flächen gewesen. Dies habe zu Milliardenverlusten geführt. Allein in Beijing seien 21.000 Verstöße registriert und 700.000 qm bebauter Fläche abgerissen worden. Viele dieser Gebäude seien wegen ungeeigneter Lage mit einem hohen Sicherheitsrisiko für die Bewohner behaftet gewesen, weil sie entweder über Wasser- oder Gasleitungen gebaut wurden, auf Straßen übergriffen oder Zuwege für die Feuerwehr blockierten. Damit soll es nun eine Ende haben; jeder, der gegen das Gesetz verstößt, soll bestraft werden. Besondere Aufmerksamkeit soll den Stadtrandgebieten gewidmet werden, wo die Situation aufgrund der zumeist dort lebenden Wanderbevölkerung sehr kritisch ist. (XNA, 30.5.95) -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(21)

### RMB-Entwicklung: Dilemma zwischen Stabilisierung der Wechselkurse und der Inlandspreise

Seit Januar 1994 hat die chinesische Währung, die zum damaligen Zeitpunkt eine Wechselkursrelation von 8,7 RMB : 1 US\$ aufwies, eine Wertsteigerung gegenüber dem US-Dollar von 4,3% erlebt. (AWSJ, 15.5.95)

Insbesondere in den letzten Wochen seit April dieses Jahres erhöhte sich der Wechselkurs zugunsten des RMB deutlich. Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, stieg der Wechselkurs in diesem Jahr von 8,44 RMB : 1 US\$ Anfang Januar 1995 auf 8,32 RMB : 1 US\$ am 9.5.95. (SCMP, 11.5.95)